„Gewerkezielbilder“ = Fremdvergabe massenhaft

Unser "Zielbild" = Kampf jetzt organisieren Sofort!

Die „strategischen Pläne“ zur Fremdvergabe wurden erneut vorgestellt. Nach unserem Widerstand 2014 waren sie in den Schubladen verschwunden, ohne jemals aufgegeben worden zu sein. Es gibt in unseren Reihen viele Fans des Verhandelns (wobei Aktionen maximal unterstützendes Beiwerk sein sollen), die diesen Zusammenhang abstreiten: Aber die Tatsache; dass das Bremer Werk mit am wenigsten von Fremdvergaben betroffen ist und gleichzeitig, die meisten Aktionen dagegen gemacht hat, ist nicht vom Tisch zu wischen.

Jetzt wurden die Pläne zur Fremdvergabe wieder hervorgeholt. Lasst euch nicht mit Phrasen abspeisen, wie: „Das ist nicht neu.“ Oder „Das ist ja noch nichts Konkretes.“ Nein! Diese Pläne der Werkleitung sind hoch aktuell und gefährlich. Unkonkret sind sie, weil sie uns an diese Aussicht gewöhnen wollen, ohne uns schon konkret weh zu tun. Evtl. eines seiner Gliedmaßen zu verlieren, ist eine schreckliche Aussicht, der Aufschrei kommt aber erst, wenn der Arm abgehackt wird. Mit einem Arm lässt es sich aber schlechter zu schlagen.

Salamitaktik – Erste Scheibe Logistik

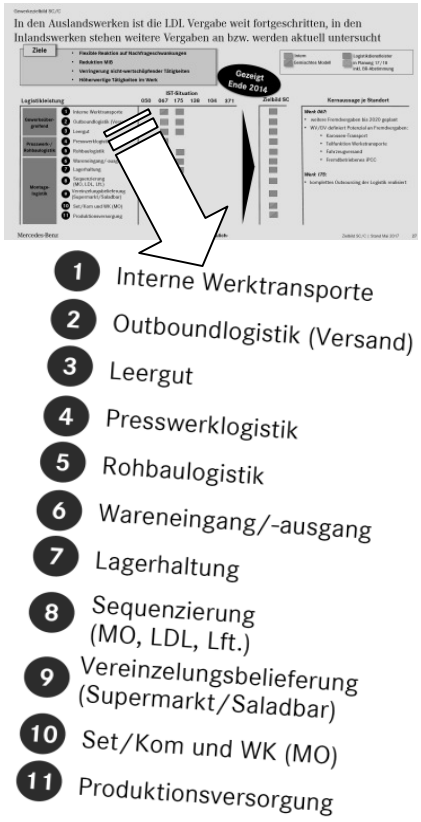
Konkret sind die Pläne schon für Teile der Logistik: 30 Arbeitsplätze, teilweise mit ME und Schwerbehinderten und Leiharbeitskollegen besetzt, sollen zum 1.1.2018 an einen Billiganbieter fremdvergeben werden. Den Leiharbeitern hat man die Wahl gelassen, entweder ab dem 1.7 in den Pool 2 der Halle 9 oder die Kündigung. 30 Arbeitsplätze sollen wegfallen, weil Profitgier und die Strategie des Vorstandes wichtiger sind als Menschen, die jetzt ihren Arbeitsplatz verlieren. Centerleiter Ivisic und Abteilungsleiter Geers haben schon Vollzug nach Sindelfingen gemeldet und wollen die Fremdvergabe umsetzen. Unter den Kollegen rumort es und wir haben es selber als Belegschaft in der Hand, dass die erste Fremdvergabe 2018 nicht geräuschlos über die Bühne geht oder sogar verhindert wird.
Deshalb: Keine Verhandlungen zu Arbeitszeiten und Personalkonzept für 2018, solange die Fremdvergabe nicht zurückgenommen ist. Wir sind es, die mit Regelsamstag und Durchfahren von Pausen wieder 420.000 Autos bauen sollen, heißt, ohne uns stehen die Bänder. Wir haben es in der Hand, ob wir es schaffen, der Fremdvergabe im Karrossentransport und anderswo den Garaus zu machen. Wir brauchen keine Sonntagsreden von Gewerkschaftsfunktionären, die mit dem Kapital einen Schandvertrag zur Leiharbeit abschließen, anstatt für ein Verbot dieser Zwangsarbeit zu kämpfen und endlich beginnen einen Streik gegen Fremdvergabe zu organisieren. Wenn wir nicht beginnen, unseren Kampf gegen diesen weiteren Angriff auf Arbeitsplätze zu organisieren, werden weitere Fremdvergaben in der Montage, im Rohbau und im Presswerk folgen. Der Kampf gegen Fremdvergaben geht alle an, weil alle betroffen sind.

Wir lassen uns nicht spalten

Die Spaltung in Werksvertrags-, Leih und Stammarbeiter dürfen wir nicht länger zulassen. Sie schwächt nicht nur unsere Kampfkraft, sie zerstört auch unsere Arbeits- und Entlohnungsbedingungen. Sie trifft langfristig jeden von uns und ganz sicher die nächste Generation, unsere Kinder.
Wir müssen jetzt durchsetzen:

- **Keine Fremdvergabe**
- **Statt Arbeitsplatzabbau (z.B. durch Automatisierung) – Arbeitszeitverkürzung**
- **Statt Leiharbeit – Festeinstellung aller Leiharbeiter**

Gewerkezielbild Logistik

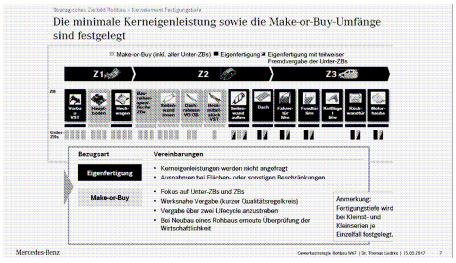


In der Logistik stehen in den nächsten Jahren cirka 400 Arbeitsplätze auf der Streichliste. So sollen Produktionsversorgung, SET/Kom, Supermarkt (200 AK*); interne Werktransporte mit Versand (47 AK*); Waren Ein-/Ausgang (30 AK*) und der Fahrzeugversand (150 AK*) komplett oder zur Hälfte an Billiganbieter fremdvergeben werden.

*in Klammern anhand der Funktionslisten cirka AK Anzahl der Fremdvergaben.

Gewerkezielbild Rohbau

Die Strategie des Arbeitgebers für den Rohbau ist, viele Teile der Karosse als fertiges Modul von Fremdfirmen anliefern zu lassen, die dann hier nur noch zusammengefügt werden.
Außerdem sollen Teile, die nicht die Außenhaut betreffen komplett fremdvergeben werden. Konkret werden diese Pläne, bei Baureihenwechsel, d.h. z.B. beim 206. Da die Arbeitskräfteberechnung bei jeder neuen Baureihe anders ist, kann man schwer sagen, wie viele Arbeitsplätze genau betroffen sind. Die folgenden Zahlen

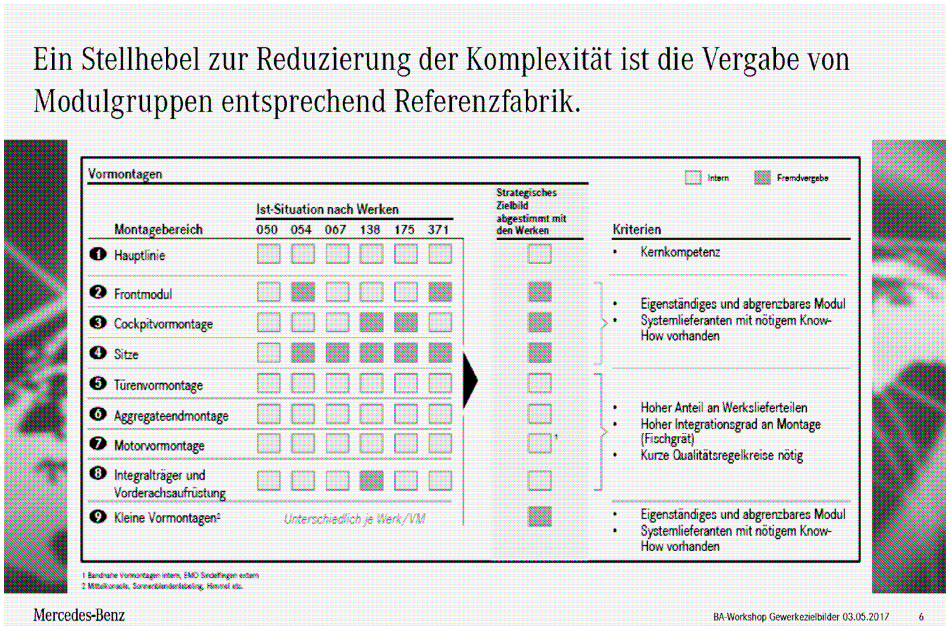


beziehen sich auf die aktuelle Großserie (eine). Z1 (alle Unter-ZBs und Hauptboden): ca. 50 AK netto; Z2 (fast alle Unter-ZBs, Seitenwand innen, Dachrahmen, Heckmittelstück und baureihenspezifische Bauteile): ca. 55 AK netto; Z3 (diverse Unter-ZBs): Anzahl nicht zu beziffern, geschätzt um die 30 AK netto. Macht um die 130 netto Arbeitsplätze, also mindestens 150 betroffene Kollegen (indirekte Funktionen, zusätzliches Personal für Pausendurchfahren usw. nicht eingerechnet).

Ob Bremen oder Wörth:
Nichts geht ohne Kampf

Werk Bremen: Ein Programm mit mehr Fremdvergabe und Leiharbeit bekamen wir in Bremen 2014 präsentiert. Und wir gingen (ohne die IGM!) in den Streik dagegen. Ja, es gab Abmahnungen, aber: den Großteil ihrer Pläne konnte die Werkleitung aus ANGST VOR UNS nicht umsetzen! Jetzt ist der Rest des 2014er Programms wieder auf dem Tisch.
Werk Wörth: 1350 Arbeitsplätze sollten gestrichen werden. Die Belegschaft blieb beinahe stumm, der Betriebsrat verhandelte - „nur“ 600 Arbeitsplätze wurden fremdvergeben. Sie haben den nächsten Schlag in die Fresse serviert: Jetzt sollen 855 Kollegen durch Fremdvergabe ersetzt werden. Gleichzeitig werden die Taktzahlen weiter angehoben.
Wegen der verhältnismäßig „kleinen“ Streiks hatten wir drei Jahre relative Ruhe – wollen wir heute wirklich hinnehmen, dass diese „Ruhe“ endet? Sind wir fromme Lämmer oder ...?

Gewerkezielbild Montage



Für die Montagen in allen Werken sind vier Bereiche im Fokus. Was bedeutet das für uns Bremen? In der Cockpitvormontage arbeiten aktuell 60 AK (ohne Pool). Was mit der Fremdvergabe Frontmodul gemeint ist, ist unklar, somit auch die Anzahl der betroffenen Arbeitsplätze. Der Posten „Kleine Vormontagen“ kann viel umfassen. Aktuell werden eine Reihe von Sets in Halle 9 fremdvergeben: Set Holzteile 12 AK (+3 AK Mopf); Set DBE 1,5 AK; B-Säule 3 AK; Gurte 3 AK; Stromschiene 1,5 AK; CW-Verkleidung Mitte (keine AK Zahl). Das sind aktuell 24 AK. Dazu kommen die oben genannten geplanten Fremdvergaben.

Leih- und Zwangsarbeit: 18 Monate – 48 Monate – lebenslänglich?

Der Schandvertrag der IG Metall mit den Sklavenhändlern, der die gesetzliche Verleihdauer von 18 auf 48 Monate und mehr erhöht, hat Wut und Empörung ausgelöst. Statt Leiharbeit zu bekämpfen, statt den Streik dagegen zu organisieren, nun erneute Anerkennung und Zementierung dieses Verbrechens per Vertrag. Die Kapitalisten jubeln, ist doch der Weg zu lebenslänglicher Leiharbeit in Sichtweite.

Und die IG Metall? Sie rechtfertigt diesen abgeschlossenen Vertrag damit, dass die Leiharbeiter so eine bessere Lebensplanung bekämen! Kein Wort davon, dass das Leiharbeitsgesetz (AÜG) eigentlich gleiche Bezahlung und gleiche Bedingungen vom ersten Tag an vorsieht, sofern nicht solche schmutzigen Tarifverträge abgeschlossen werden. Auf diesen schmutzigen Tarifvertrag wird ein noch schmutzigerer draufgesattelt, anstatt alle dieser Verträge sofort zu kündigen. Nicht vergessen: Die Verlängerung der Verleihdauer auf bis zu 48 Monate bedarf der Zustimmung des Betriebsrates. Bei Daimler wird über 36 Monate geredet. Kollegen, schaut Eurem Betriebsrat auf die Finger. Jeder, der die Hand dafür hebt, darf bei den nächsten Wahlen nicht eine Stimme kriegen.

Zur Veranschaulichung haben wir gegenübergestellt: Das Gesetz (AÜG), diesen Schandvetrag, die „Begründung" der IG Metall und unsere Klarstellung. Bildet Euch selbst ein Urteil. Euer Urteil muss Konsequenzen haben. Entweder die Spaltung der Belegschaft weiter zulassen, uns selber Kampf- und streikunfähig machen – oder den Kampf aufnehmen gegen Fremdvergabe und Leiharbeit, für die sofortige Übernahme aller Leiharbeiter-Kollegen.

GEGENÜBERSTELLUNG

Leiharbeit for ever?

AÜG[1]	TV Leiz[2]	IGM[3]	Klarstellung[4]
Ein Leiharbeiter darf maximal 18 Monate an denselben Betrieb verliehen werden. Ein Tarifvertrag kann davon abweichen.	Ein Leiharbeiter darf bis zu 48 Monate an denselben Betrieb verliehen werden. Gibt es einen Sachgrund (z.B. Vertretung, Qualifikation), der länger als 48 Monate vorliegt, kann die Verleihung auch über 48 Monate hinaus ausgedehnt werden. Umsetzung: A: Arbeitgeber und Betriebsrat können darüber eine Betriebsvereinbarung schließen, in der neben der Höchstüberlassungsdauer weitere Punkte geregelt werden können. B: Gibt es keine Betriebsvereinbarung, ist die Höchstüberlassungsdauer 24 Monate, danach (wenn der Leiharbeiter nicht vorher ausgetauscht wurde) muss dem Leiharbeiter ein unbefristeter Arbeitsvertrag angeboten werden. Dieses kann nach Beratung mit dem Betriebsrat bei akuten Beschäftigungsproblemen entfallen. Wird der Leiharbeiter im Rahmen eines Sachgrundes eingesetzt, der länger als 24 Monate andauert besteht keine Pflicht ihm einen Arbeitsvertrag nach 24 Monaten anzubieten.	„Mit den tariflichen Regelungen zur Leiharbeit werden die Bedingungen für die Leiharbeitnehmer gegenüber Gesetz allerdings in entscheidenden Punkten verbessert Statt einer gesetzlichen Höchstüberlassungsdauer […] setzen die Tarifverträge auf Übernahmeverpflichtungen. "	FALSCH. Fakt ist: Auch der Tarifvertrag verpflichtet nicht zur Übernahme. Nach der tariflich geregelten Überlassungsdauer passiert dasselbe, wie nach der gesetzlichen, der Leiharbeiter wird ausgetauscht oder übernommen. Die Möglichkeit durch Betriebsvereinbarungen besseres zu regeln, gibt und gab es auch ohne Tarifvertrag. Der wesentliche Unterschied zwischen Gesetz und Tarifvertrag besteht nur darin: Gerade in Bereichen, wo reguläre Arbeitsplätze mit Leiharbeitern besetzt werden ist es für den Arbeitgeber bequemer, wenn er diese nicht alle 18 Monate neu anlernen muss – dadurch bleibt die Leiharbeit für ihn attraktiv.

Mensch oder Arbeitsplatz?

AÜG	TV Leiz	IGM	Klarstellung
	„Protokollnotiz Leih-/Zeitarbeitnehmern sollen nach Auffassung der Tarifvertragsparteien grundsätzlich nicht regelmäßig auf Arbeitsplätzen eingesetzt werden, die auf Dauer angelegt sind."	„Während sich die gesetzliche Höchstüberlassungsdauer ausschließlich auf den Leiharbeitnehmer bezieht, schreibt der Tarifvertrag fest, dass Leiharbeitnehmer nicht auf dauerhaft angelegten Arbeitsplätzen eingesetzt werden dürfen."	FALSCH. Fakt ist: Die Protokollnotiz ist juristisch nicht bindend – *nicht sollen* und *nicht dürfen* sind zwei sehr unterschiedliche Dinge. Im Übrigen findet sich dies Protokollnotiz bereits wortgleich in dem Tarifvertrag von 2012 – ihre durchschlagende Wirkung ist also bereits bewiesen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit?

AÜG	TV Leiz	IGM	Klarstellung
Für die Zeit der Verleihung in einen Betrieb muss dem Leiharbeiter der selbe Lohn gezahlt werden und die gleichen Arbeitsbedingungen gewährt werden, wie einem vergleichbaren Festangestellten des Betriebes. Ein Tarifvertrag kann von dem gleichen Lohn bis zu neun Monaten abweichen. Eine längere Abweichung durch Tarifvertrag ist nur zulässig, wenn 1. Nach spätestens 15 Monaten der gleiche Lohn erreicht wird und 2. nach spätestens 6 Wochen eine erste Erhöhung erfolgt.	Branchenzuschläge für Leiharbeiter in der Metall- und Elektroindustrie (Basierend auf Zeitarbeitstarif IGZ/BAP) - Nach 6 Wochen: +15% - Nach 3 Monaten: +20% - Nach 5 Monaten: +30% - Nach 7 Monaten: +45% - Nach 9 Monaten: +50% - Nach 15 Monaten: +65%* * Ab 1.1.2018; beschränkt auf das Arbeitsentgelt eines vergleichbaren Arbeitnehmers im Entleihbetrieb	**„Mehr Geld mit Tarif** Laut Tarif erhalten Leiharbeiter in der Metallindustrie bereits nach 6 Wochen mehr Geld in Form von Branchenzuschlägen."	FALSCH. Fakt ist: Nach dem Gesetz müssten die Leiharbeiter ab dem ersten Tag den gleichen Lohn und die gleichen Arbeitsbedingungen haben, wie die Stammbeschäftigten. Weil die IGM mit dem DGB in einem Tarifvertrag deutlich niedrigere Löhne vereinbart hat, ist dieser Gleichstellungsgrundsatz ausgehebelt (Zeitarbeitstarif IGZ/BAP). Die neu verhandelten Branchenzuschläge für die Metall- und Elektroindustrie machen nichts anderes, als diesen Zeitarbeitstarif durch Erfüllung der gesetzlichen Mindestausnahmeregelung zu legalisieren. Also statt „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" – Hungerlöhne zu legalisieren.

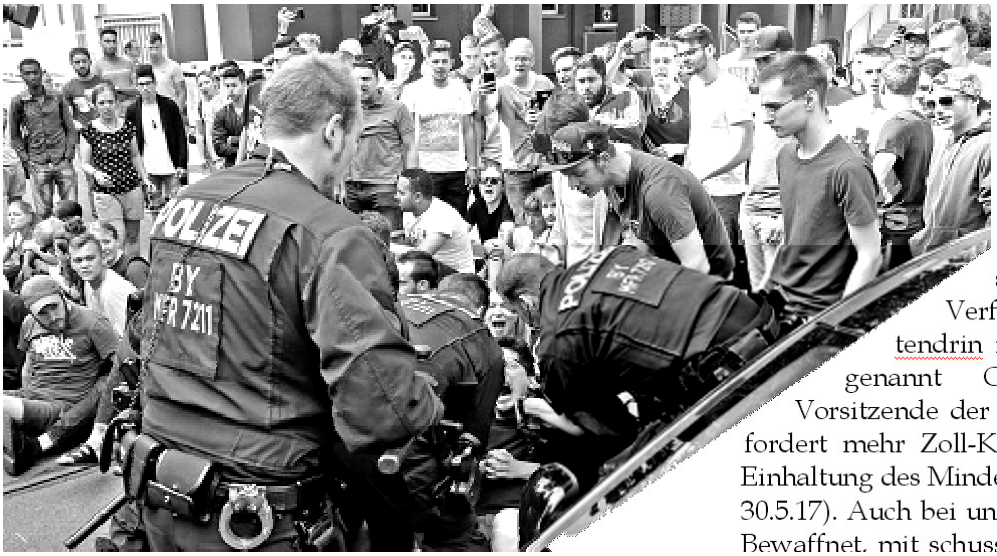
[1] Gesetz zur Regelung der Arbeitnehmerüberlassung (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz - AÜG), Ausfertigungsdatum: 07.08.1972, zuletzt geändert durch Art. 1 G v. 21.2.2017 I 258

[2] Verhandlungsergebnis zum Tarifvertrag zur Leih-/Zeitarbeit (TV LeiZ) – Zwischen NORDMETALL Verband der Metall- und Elektroindustrie e. V., Hamburg und der IG Metall, Bezirksleitung Küste, Hamburg; Hamburg, den 13. März 2017

[3] IG Metall, „Bessere Leiharbeits-Tarife in der Metallindustrie - Mehr Geld und Perspektive auf Übernahme für Leiharbeiter", 13.05.2017 (https://www.igmetall.de/neue-leiharbeits-tarife-in-der-metallindustrie-25349.htm)

[4] Redaktion Funke

300 Berufsschüler in Nürnberg machen es uns vor!



Mittwoch, 31. Mai: Bewaffnete Polizisten holen einen Schreinerlehrling aus einer Berufsschule in Nürnberg, um ihn dorthin abzuschieben, wo gerade 90 Menschen in der Nähe der deutschen Botschaft in Kabul bei einem Anschlag ums Leben gekommen waren.
Die Nürnberger Berufsschüler haben versucht, dies zu verhindern, indem sie sich vor das Polizeiauto setzten. Die Staatsgewalt setzte schlagende Argumente gegen die Jugendlichen ein: Knüppel und Pfefferspray.
„Recht und Sicherheit" haben ihren Preis: Z.B. das Asylrecht, z.B. die Grundrechte. Die Herrschenden rüsten auf gegen das eigene Volk, gegen die eigene Jugend. Praktizierte Solidarität mit dem Mitschüler, dem Kollegen oder gar der Streik, gefährdet das, was die Herrschenden gern die „öffentliche Ordnung" nennen. Deshalb fordert auch der DGB mehr Polizei, um diese auch zu sichern. Deshalb sitzen Polizei, Zoll, Verfassungsschutz etc. auch schon mittendrin im DGB, als eigene „Gewerkschaft", genannt Gewerkschaft der Polizei. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung und Genuss fordert mehr Zoll-Kontrollen in den Betrieben, um die Einhaltung des Mindestlohns zu überwachen (Weserkurier 30.5.17). Auch bei uns war schon mal der Zoll im Betrieb. Bewaffnet, mit schusssicheren Westen und MP. Nicht um die Bücher zu kontrollieren und die Unternehmer zu verhaften, sondern um „illegale Arbeitskräfte" wie Verbrecher abzuführen.
Nein, Kollegen, es ist Sache der Gewerkschaften, es ist unsere ureigenste Sache, unsere Kollegen, egal ob Leiharbeiter oder Fremdfirmenangehöriger, zu schützen wie unseresgleichen.
Die Nürnberger Berufsschüler haben es vorgemacht, was zu tun ist, wenn die bewaffnete Staatsgewalt auftaucht in Schule oder Betrieb. Dort haben sie genauso wenig zu suchen, wie in unseren Gewerkschaften.

533 Millionen Euro in der Streikkasse der IG Metall

In den vergangenen 30 Jahren haben die Mitglieder der IG Metall zwischen 10 und 12 Milliarden Euro an Beiträgen einbezahlt. Eine Gewerkschaft mit der weltweit größten Streikkassen und den weltweit wenigsten Streiktagen.
Ganze 0,1% dieses Beitragsaufkommens gibt die IG Metall für Streiks und Streiknebenkosten aus (Geschäftsbericht 2011-2014), aber 48,3% gehen in Personalkosten (IGM Sozialbericht 2015).
257 Mio. Euro pro Jahr für ein „Personal", das den Streik nicht nur nicht organisiert, sondern das z.B. der streikenden Nachtschicht-Belegschaft bei uns in den Rücken gefallen ist. Nicht ein Cent für Rechtschutz, aber satte Gehälter für Vorstände und Geschäftsführer.

Die Konsequenz: Nicht Austritt, sondern Arschtritt

Entlassung untauglicher Funktionäre durch die Mitgliedschaft. Streikkassen sind Kampfkassen der Mitgliedschaft und keine Lebensversicherungen für Arbeiter-Aristokraten, die längst vergessen haben, woher sie kommen und von wem sie gewählt wurden. Rückeroberung der Gewerkschaft als unsere Kampforganisation, die den Streik organisiert z.B. gegen Fremdvergabe und Leiharbeit, für Arbeitszeitverkürzung statt Massenentlassungen, etc.

Leserbrief

„Ich hab schon unterschrieben"

Was hast Du unterschrieben?
Eine Versicherungspolice, dass Deine Abteilung in der nächsten Zeit nicht „fremdvergeben" oder die Knüppelei nicht immer unerträglicher wird?
Eine Versicherungspolice darauf, dass Du nicht betriebsbedingt gekündigt werden kannst? (Wo die Geschäftsleitung doch weiß, dass Du auf dem Absprung bist.)
Oder dass Du durch Lohnkürzungen nicht die Verbrechen und Skandale Deines Kapitalisten bezahlen darfst, wie alle anderen auch?
Eine Versicherungspolice darauf, dass Du von Deiner Rente wirst leben können?
Hast Du auch unterschrieben, dass Deine Kinder und Enkelkinder niemals in der Leiharbeit enden oder im nächsten großen Krieg?
Nein?
Also dann kämpfe und benehme Dich nicht wie einer, dessen Zukunft und die seiner Familie gesichert durch ATZ wäre.

Leserbrief eines Verteilers

Dieses Flugblatt wurde geschrieben, verteilt und finanziert von Vertrauensleuten und Betriebsräten des Daimler-Werkes Bremen

Kontakt: Jochen Kohrt, H3 (Tel. 90442) / Gerwin Goldstein, LOG/Indir. (Tel. 90600) / Frank Kotte, H8 (Tel. 3804) / Thomas Langenbach, H8, DNS / Gerhard Kupfer / Uwe Müller, H9 (Tel. 90728) / Julia Nanninga H7 / Sascha Heiner, H9 und viele andere **(Juni 2017)**

E-Mail-Kontakt: redaktion-funke@gmx.de- Spenden an: Sparda-Bank Hannover, IBAN: DE37 2509 0500 0101 6379 91, U. Müller, Stichwort: Flugblatt